

Über 20 Länder im Militärbündnis gegen die Huthi

Allianz möchte wichtige Schifffahrtsroute im Roten Meer schützen

Washington. Mehr als 20 Länder haben sich nach Angaben der USA angesichts der Angriffe von Huthi-Rebellen bislang bereit erklärt, bei der Militärallianz zum Schutz von Schiffen im Roten Meer mitzumachen. Seit der Ankündigung der „Operation Prosperity Guardian“ (etwa: Hüter des Wohlstands) hätten auch Australien und Griechenland ihre Teilnahme bekanntgegeben, sagte Pentagon-Sprecher Pat Ryder auf einer Pressekonferenz. Das Bündnis stehe anderen Ländern offen. Es sei ihnen aber überlassen, über ihre Beteiligung öffentlich zu sprechen.

Der entscheidende Punkt sei, dass es sich um ein internationales Problem handle, das eine internationale Antwort erfordere. „Wir werden also weiter mit dieser Koalition der Willigen zusammenarbeiten, und alle Länder werden in der Lage sein, das beizutragen, was sie für möglich halten“, ergänzte der Sprecher des Verteidigungsministeriums. In manchen Fällen werde das Schiffe umfassen. In anderen Fällen könnte es sich um Personal oder andere Arten der Unterstützung handeln.

Zum besseren Schutz der wichtigen Schifffahrtsroute durch das Rote Meer, die zum Suezkanal führt, hatten die USA Anfang der Woche offiziell das neue Bündnis ins Leben gerufen. Das US-Militär soll dabei in der Region noch besser mit den Streitkräften anderer Länder zusammenarbeiten.

Die von Israels Erzfeind Iran unterstützten Huthi-Rebellen greifen Israel seit Ausbruch des Gaza-Krieges mit Drohnen und Raketen an und attackieren Schiffe im Roten Meer, um sie an einer Durchfahrt in Richtung Israel zu hindern. Große Reedereien meiden zunehmend die Route durch das Rote Meer und den Suezkanal. An dem Bündnis beteiligen sich nach US-Angaben unter anderem auch das Vereinigte Königreich, Bahrain, Kanada, Frankreich, Italien, die Niederlande, Norwegen und die Seychellen. Deutschland prüft derzeit eine Beteiligung. *dpa*

Polen: PiS-Partei kämpft um Medienkontrolle

Warschau. In Polen setzt sich die Auseinandersetzung der politischen Lager um die öffentlich-rechtlichen Medien fort, nachdem die neue Regierung von Donald Tusk deren Führungsriege ausgetauscht hat. Etwa ein Dutzend Abgeordnete der abgewählten nationalkonservativen Regierungspartei PiS verbrachten die Nacht von Donnerstag auf Freitag im Gebäude der Nachrichtenagentur PAP. Dabei wurde der neue Leiter Marek Blonski am Betreten seines Büros gehindert. Am Mittwoch hatte die neue proeuropäische Regierung von Donald Tusk erste Schritte unternommen, um die Kontrolle der PiS über die öffentlich-rechtlichen Medien zu beenden. Kulturminister Bartłomiej Sienkiewicz feuerte mit einem Schlag die gesamte Führungsriege. *dpa*



Marietta Brand (82) und Jochen Wendland (39) kennen sich über den Verein „Freunde alter Menschen“.

RETO KLAR/FUNKE FOTO SERVICES

Gemeinsam gegen die Einsamkeit

Viele alte Menschen sind allein, viele junge auch. Doch ein Verein bringt sie zusammen

Theresa Martus

Berlin. An einem verregneten Montag im Dezember ist die Munch-Ausstellung in der Berlinischen Galerie fast überall. Grüppchen von Touristen haben vor dem Wetter Zuflucht gesucht, Schulklassen schieben sich langsam an den Gemälden und Radierungen vorbei. Zwischen den vielen Menschen bewegt sich zügig, aber aufmerksam ein Paar. Eine Dame mit weißen Haaren und aufrechtem Gang, neben ihr ein junger Mann im schwarzen Rollkragenpullover. Immer wieder bleiben sie stehen, tauschen die Eindrücke aus, die die Werke des norwegischen Malers bei ihnen hinterlassen.

Zwei Freunde auf einem Museumsbesuch: Keine ungewöhnliche Szene, und doch ist es eine ungewöhnliche Freundschaft. Jochen Wendland ist 39. Marietta Brand ist 82 und seine „alte Freundin“. Die beiden kennen sich über den Verein Freunde alter Menschen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Einsamkeit entgegenzuwirken. Unter anderem, indem die Organisation in sogenannten Besuchspartnerschaften junge und alte Menschen zusammenbringt. So wie Brand und Wendland.

Brand zog vor acht Jahren aus Münster nach Berlin, als eine Enkeltochter hier zur Welt kam. Berlin habe sie immer schon interessiert. „Die Kunst, die Geschichte. Und hier guckt einen auch niemand komisch an, wenn man mal allein ins Restaurant geht.“ Hergezogen sei sie damals zwar, um ihre Tochter zu unterstützen. „Aber ich wollte nie meine ganze Zeit auf dem Spielplatz verbringen, ich habe mich

Eine Freundschaft ist ja durchaus etwas Intimes. Es muss schon passen.

Jochen Wendland, 39, lernte über den Verein „Freunde alter Menschen“ die 82-jährige Marietta Brand kennen

immer auch für anderes interessiert.“ Das Büro des Vereins ist in derselben Straße wie ihre Wohnung, erzählt sie, als die beiden nach dem Rundgang durch die Ausstellung bei Kaffee und Kuchen im Museumscafé sitzen. Jahrelang sei sie daran vorbeigelaufen, bis sie irgendwann einmal klopfte. Es habe sie neugierig gemacht, dass da Junge und Alte zusammenkommen. „Ich bin gern mit jüngeren Menschen zusammen“, sagt Brand. Doch von allein passiert das selten.

Wendland erfährt in einem Fernsehbeitrag das erste Mal von dem Verein, der auch in Hamburg und Köln aktiv ist. Es war mitten in der Pandemie. Der Duty-Free-Shop am BER, wo der 39-Jährige als Teamleiter arbeitet, war geschlossen, vieles andere auch. Wendland hatte plötzlich viel Zeit. „Meine eigene Mutter war damals gerade gestorben, vielleicht hatte das auch etwas damit zu tun“, sagt er, die Fingerspitzen aneinandergelegt. „Ich habe es keinen Tag bereut.“

Wer sich wie Brand oder Wendland dafür interessiert, Teil einer Besuchspartnerschaft zu werden, wendet sich an den Verein, der auch in Hamburg, Köln und Frankfurt am Main aktiv ist. Für Inter-

sierte gibt es Informationsveranstaltungen, die erklären, was der Verein macht. Wenn anschließend jemand Teil einer Besuchspartnerschaft werden möchte, prüft der Verein die Person, fragt nach Interessen und Vorlieben, und vermittelt dann einen „alten Freund“ und einen „jungen Freund“, wie der Verein sie nennt. Ein erstes Treffen findet noch mit einem Koordinator oder einer Koordinatorin aus dem Verein statt, danach verabreden sich die Paare selbstständig. „Eine Freundschaft ist ja durchaus etwas Intimes“, sagt Wendland. „Es muss schon passen.“

Während der Pandemie war fast jeder Zweite einsam

Ihn und Brand verbinden nicht nur ähnliche Erfahrungen im Arbeitsleben, Brand arbeitete früher ebenfalls im Einzelhandel, sondern auch das Interesse an Kultur. Erst am Wochenende zuvor waren sie in der Oper, Rigoletto. „Eine Premiere für mich“, berichtet Wendland. „Marietta hat mir vorher erklärt, was ich wissen muss, wie ich mich vorbereiten kann.“ Demnächst, fügt Brand hinzu, gehen sie dann ins Konzerthaus.

Sie sehen sich regelmäßig, meist mehrmals im Monat. Beide haben zudem noch eine Besucherpartnerschaft mit einer weiteren Person, auch zu mehreren haben sie sich schon getroffen. Auch das sei ein Ziel des Vereins, sagen sie, Kontakte unter den jungen Freiwilligen, unter den „alten Freunden“. Und beide engagieren sich auch im Verein, auch wenn das keine Voraussetzung ist, um Teil einer Besuchspartnerschaft zu werden. Neben den Partnerschaften organisiert der Verein immer

wieder auch Veranstaltungen, Ausflüge, Spielenachmittage. An Heiligabend auch ein Festessen, für die, die die Feiertage sonst allein verbringen würden. Freunde alter Menschen stemmt sich damit gegen ein Problem, das die Gesellschaft durchzieht. Im zweiten Corona-Jahr 2021 gaben in einer Befragung 42,3 Prozent der Teilnehmenden an, mindestens manchmal einsam zu sein. 2017 hatte der Anteil im Schnitt noch bei 14,2 Prozent gelegen. Während der Pandemie hatte die Einsamkeit vor allem unter Jüngeren stark zugenommen, doch unter Menschen über 75 war der Anteil derjenigen, die unfreiwillig allein sind, schon zuvor sehr hoch.

Weil Einsamkeit nicht nur ein individueller Schmerz ist, sondern auch gesundheitliche und gesellschaftliche Folgen hat, plant auch die Bundesregierung, mehr dagegen zu tun. In der vergangenen Woche beschloss das Kabinett eine Strategie gegen Einsamkeit. Unter anderem ist darin festgehalten, dass Initiativen wie die Freunde alter Menschen gestärkt werden sollen.

Wie viel Einsamkeit es gibt, sagt Wendland, sei ihm erst durch den Verein so richtig klar geworden. Der Staat könnte durchaus mehr machen, findet er. Mehr Anerkennung für das Ehrenamt würde helfen, mehr Sichtbarkeit für das Thema Einsamkeit auch. Marietta Brand überlegt kurz, dann ergänzt sie. „Man kann nicht alles dem Staat überlassen. Wir müssen uns doch auch umeinander kümmern. Das ist eine Aufgabe von allen.“ Dann bestellt sie noch einen Kaffee und bleibt noch eine Weile mit ihrem „jungen Freund“ im Café.

Französische Soldaten verlassen den Niger

Botschaft geschlossen – Ortskräfte entlassen und entschädigt

Paris. Fünf Monate nach dem Militärputsch im Niger und nach einem mehr als zehn Jahre langen Einsatz gegen Dschihadisten sollen die letzten französischen Truppen das Land verlassen. Die nigrische Armee teilte mit, dass der Abzug bis Freitag abgeschlossen sein wird. Unterdessen verlautete aus französischen Diplomatenskreisen, dass die ehemalige Kolonialmacht ihre Vertretung in dem westafrikanischen Land schließen wird.

Der Abzug der französischen Soldaten ist komplex: Die Konvois müssen bis zu 1700 Kilometer auf teilweise gefährlichen Wüstenrouten in den benachbarten Tschad zurücklegen, von wo aus sie den afrikanischen Kontinent teils per Flugzeug, teils auf dem Land- und Seeweg verlassen.

Nach dem Militärputsch hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bereits im September den Abzug der insgesamt 1500 französischen Soldaten bis zum Jahresende angekündigt. Die ersten Soldaten hatten das westafrikanische Land bereits im Oktober verlassen.

Aus Diplomatenskreisen hieß es, die französische Botschaft im Niger sei „nicht mehr in der Lage, normal zu funktionieren und ihre Aufgaben zu erfüllen“. Und: „In Anbetracht dieser Situation haben wir beschlossen, unsere Botschaft zu schließen.“ Die Ortskräfte seien entlassen und entschädigt worden.

Bereits nach einem Angriff auf die französische Botschaft Ende Juli und der Errichtung einer Blockade um das Gebäude „durch nigrische Kräfte“ habe der Großteil des diplomatischen Personals die Botschaft verlassen, hieß es. Die Beziehungen zwischen dem Niger und der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich haben sich nach dem Staatsstreich im Juli deutlich verschlechtert. Die neuen Machthaber wandten sich von Frankreich ab, wiesen den französischen Botschafter aus und näherten sich verstärkt Russland an.

Im vergangenen Jahr hatten die Truppen bereits die ehemalige französische Kolonie Mali verlassen, zu Beginn dieses Jahres zogen sie aus Burkina Faso ab. In beiden Ländern war es in den vergangenen Jahren ebenfalls zu Staatsstreichen durch das Militär gekommen.

Nun verbleiben noch etwa 1000 Mitglieder des US-Militärs, sowie Soldaten aus Italien und Deutschland im Niger. Für Deutschland spielt der Bundeswehr-Stützpunkt in der nigrischen Hauptstadt Niamey eine wichtige Rolle für den Abzug deutscher Soldaten aus Mali. Die Bundeswehr war an der seit 2013 laufenden UN-Friedensmission Minusma beteiligt, die vergangene Woche offiziell beendet wurde und derzeit abgewickelt wird. *afp*



Nach über zehn Jahren verlässt die französische Armee die Region.

AFP

Nato-Generalsekretär: Putins Kriegsziel nicht mehr erreichbar

Jens Stoltenberg ist überzeugt, dass die Ukraine dem Eintritt in das größte Militärbündnis der Welt näher ist als jemals zuvor

Brüssel. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg geht davon aus, dass Russland seine Kriegsziele in der Ukraine trotz großer militärischer Anstrengungen nicht mehr erreichen kann. Der Zweck der von Präsident Wladimir Putin angeordneten Invasion sei es gewesen, zu verhindern, dass die Ukraine sich in Richtung Nato und Europäische Union bewegt, sagte er kurz vor Weihnachten im Interview. Nach fast zwei Jahren Krieg sei die Ukraine nun aber näher an der Nato und der EU als je zuvor. „Präsident Putin hat die Ukraine für immer verloren“, sagte Stoltenberg mit Blick darauf, dass Russland die Ukraine jahrzehntlang als Teil seiner Einflussphäre sah. Dies sei eine große strategische Niederlage für Russland. Er sei sich absolut sicher, dass die Ukraine ihr Ziel eines Nato-Beitritts irgendwann erreichen werde.

Stoltenberg verwies zudem darauf, dass Russland für seinen Krieg einen enorm hohen Preis zahlt. Das Land habe bereits Hunderte von Flugzeugen und Tausende

von Panzern verloren und 300.000 Soldaten seien getötet oder verwundet worden. Infolge des Krieges steige zudem die Inflation und der Lebensstandard sinke. Auch sei Russland politisch isolierter.

Gleichzeitig warnte Stoltenberg davor, angesichts der Entwicklungen auf ein schnelles Kriegsende zu setzen und zu glauben, dass Putin nach der voraussichtlichen Wiederwahl am 17. März einen Kurswechsel einleitet. „Wir haben keine Anzeichen dafür, dass Putin seine Ziele und seine Politik ändern wird“, sagte Stoltenberg. „Er wird weiter versuchen, mehr Gebiete zu besetzen.“

Für die Nato und die 31 Mitgliedstaaten muss daraus aus Sicht von Stoltenberg folgen, dass die Unterstützung für die Ukraine entschlossen fortgesetzt werden muss. „Die Ukrainer haben gezeigt, dass sie in der Lage sind, sich zu verteidigen, sich zur Wehr zu setzen, besonders, wenn sie Waffen aus Deutschland und vielen anderen Nato-Staaten erhalten“, sagte er.

Konkret forderte Stoltenberg die Alliierten dazu auf, zu prüfen, ob der Ukraine nicht durch Änderungen an bestehenden Vereinbarungen mit Drittstaaten mehr Rüstungsgüter zur Verfügung gestellt werden könnten. „Insgesamt müssen wir unsere Produktion hochfahren, um der

Ukraine besser zu helfen und uns besser zu schützen“, sagte er.

Zuvor hatte sich abgezeichnet, dass die EU-Pläne für die Lieferung von einer Million Artilleriegeschossen an die Ukraine bis zum Frühjahr 2024 scheitern werden. Als ein Grund dafür gilt, dass Schätzun-

gen zufolge derzeit mindestens 40 Prozent der Produktion in Drittstaaten exportiert wird. Die Frage sei tatsächlich, ob man so viel in Drittländer exportieren müsse, wie man es gegenwärtig tue, sagte Stoltenberg.

Nicht äußern wollte sich der Norweger in dem Interview zu den Diskussionen über die mögliche Mobilisierung weiterer Soldaten in der Ukraine. „Ich werde mich hüten, Präsident Selenskyj Ratschläge zu geben, wie er den Krieg am besten führen sollte“, sagte er. „Niemand kennt den Bedarf an Soldaten besser als die Ukrainer.“

Zu seinem geplanten Ausscheiden aus dem Amt des Generalsekretärs im kommenden Herbst und der Bewerbung des scheidenden niederländischen Premierministers Mark Rutte für seine Nachfolge äußerte sich Stoltenberg nur knapp. „Mark ist ein Freund und er ist ein fähiger Ministerpräsident mit viel Erfahrung. (...) Aber es ist nicht an mir, eine Empfehlung darüber abzugeben, wer mir nachfolgen sollte“, sagte der 64-Jährige. *dpa*



„Wir haben keine Anzeichen dafür, dass Putin seine Ziele und seine Politik ändern wird“, sagt Jens Stoltenberg, NATO-Generalsekretär.

GAMBARINI/DPA

Trump wollte Wahlprüfer beeinflussen

Washington. Ex-US-Präsident Donald Trump soll einem Medienbericht zufolge nach seiner Niederlage im November 2020 versucht haben, zwei Wahlprüfer im US-Bundesstaat Michigan von einer Bestätigung der Ergebnisse in ihrem Bezirk abzuhalten. Die „Detroit News“ veröffentlichte Mitschnitte eines Telefonats, in denen Trump den republikanischen Mitgliedern des Wahlprüfungsausschusses in Wayne County sagt, dass sie im Falle einer Bestätigung schlecht dastünden. „Wir können nicht zulassen, dass diese Menschen uns unser Land wegnehmen“, fügte Trump hinzu. Am Abend wurde bekannt, dass der Oberste Gerichtshof der USA sich vorerst nicht mit der Frage von Trumps Immunität befassen wird. Ein Antrag des Sonderermittlers wurde ohne Begründung abgelehnt. Damit dürfte der Anfang März geplante Termin für den Prozess gegen Trump wegen versuchten Wahlbetrugs nicht mehr zu halten sein. *afp/dpa*